



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Die Lage des preußischen Ministeriums.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Lage des preussischen Ministeriums.

Von der preussischen Grenze.

Wir stehen vor einem Moment der Entscheidung, so ernster Natur, so tief eingreifend und folgenschwer für unsere ganze Zukunft, daß jeder Preuße und jeder Freund Preußens die moralische Verpflichtung hat, sich über diesen Punkt eine Ueberzeugung zu bilden, und dieser Ueberzeugung, so gering auch der Umfang sein mag, in dem man seine Stimme vernimmt, einen offenen Ausdruck zu geben. Die Last einer furchtbar schweren Verantwortlichkeit fällt zunächst auf die Abgeordneten, sie kann nur dadurch einigermaßen erleichtert werden, daß sich das ganze Land an der Discussion theiligt, zunächst natürlich die Presse. Möge es uns gelingen, den ganzen Ernst, den die Sache erfordert, mit den mancherlei Rücksichten zu verbinden, die uns die Umstände auflegen.

Nicht der geringste Grund der Befriedigung bei der Bildung des neuen Ministeriums war die Ernennung des General Bonin zum Kriegsminister. Man hatte allgemein vorausgesetzt, daß die Regentschaft dem Militärwesen eine besondere Aufmerksamkeit schenken würde, und war auch vollkommen damit einverstanden, da Preußen, um seinen großen Beruf in Deutschland durchzuführen, vor allem einer schlagfertigen Armee bedarf. Es liegt in der Natur der Sache, daß über die Befähigung und politische Richtung der höhern Offiziere im Publicum am wenigsten bekannt ist, und eigentlich war nur der Name des General Bonin dem Volk geläufig, der sich bei der Einrichtung der schleswig-holsteinischen Armee den Ruf eines bedeutenden organisatorischen Talents erworben, und in seinem früheren, wenn auch nur kurzen Ministerium Gelegenheit gehabt, sich über seine politische Richtung entschieden auszusprechen und damit zugleich seinen Charakter und seine Unabhängigkeit in ein glänzendes Licht zu stellen. Die Uebertragung der Militärangelegenheiten an diesen Mann schien also eine Bürgschaft zu sein, daß die allgemein als notwendig anerkannte Reform im guten preussischen Sinn, in der praktischen Weise von 1810, also auch mit Rücksicht auf die politischen und bürgerlichen Bedürfnisse des gesammten Volks und nicht im Geist eines einseitigen Drill- und Parade-systems und im Interesse einer geschlossnen Kaste erfolgen werde.

Die Mobilisirung des vorigen Jahres zeigte noch augenscheinlicher als früher, wie dringend nothwendig eine durchgreifende Reform sei. Denn wenn Preußen nicht ein einfaches Corps aufstellen konnte, ohne das bürgerliche Leben einer ganzen Provinz in die grenzenloseste Verwirrung, ohne den natürlichen Kreislauf des Lebensbluts ins Stocken zu bringen, so war Preußen trotz seines großen Heeres militärisch schlechter gestellt als alle seine Nachbarn. Der Grund dieser Erscheinung war damals im Publicum noch wenig bekannt. Man wußte nicht oder hatte nicht darauf geachtet, daß die Selbstständigkeit der Landwehr erst seit einigen Jahren aufgehoben und dadurch zugleich auch die Linie unselbstständig und bis zu einem gewissen Grade bewegungsunfähig geworden war; daß man seit Jahren systematisch daran gearbeitet hatte, die Landwehr als solche zu desorganisiren und dadurch allmählig ihre völlige Aufhebung vorzubereiten. Man dachte über die nähern Umstände nicht weiter nach und hatt zu der Regierung so großes Vertrauen, daß man nicht zweifelte, sie werde die richtige Lösung finden. Daß die neue Einrichtung nicht unbedeutende Opfer fordern würde, darauf war man gefaßt, und entschlossen, sie zu bringen, in der Voraussetzung, daß man auch Großes dadurch erreichen werde.

Die plötzliche Entlassung des General Bonin erregte keinen geringen Schreck, um so mehr, da offenbar aus kundiger Feder als Grund dieser Entlassung sehr erhebliche principielle Differenzen angegeben waren. Zwar beeiferte sich das Gesamtministerium, officiös oder man kann sagen officiell, diesen Berichten zu widersprechen, und den Abschied des Generals Bonin gewissermaßen psychologisch zu erklären; aber wenn das Vertrauen zum Ministerium auch so groß war, daß damals eine öffentliche Discussion unterblieb, so fing man doch an, sehr bedenklich und ängstlich zu werden.

Als nach Eröffnung des Landtags der Finanzminister den Mehraufwand der neuen Einrichtung auf beiläufig $9\frac{1}{2}$ Millionen jährlich angab, zeigte sich auf allen Seiten des Hauses große Sensation; diese Sensation wurde nicht geringer, als er bald darauf andeutete, die Kosten würden in Bezug auf andere militärische Verhältnisse noch beträchtlich größer sein. Zuletzt hat man gewissermaßen beiläufig erfahren, daß auch die Flotte drei Millionen mehr in Anspruch nimmt.

Die Sensation war groß, man kann es fast Betäubung nennen: und doch verhinderte wiederum das Vertrauen zur Regierung im Allgemeinen, daß nicht sofort eine heftige Opposition sich erhob. Allmählig rechnete man nach, und es ergab sich einerseits aus der einfachen Verhältnißrechnung, daß die Kosten allerdings um beträchtliche Millionen zu niedrig angegeben seien; es ergab sich ferner, daß durch das neue System einer jährlichen Aushebung von 63,000 statt 40,000 Mann zugleich die Arbeits- und Steuerkraft des Landes sehr vermindert, das Deficit also verhältnißmäßig gesteigert werden müsse; und fragte

man endlich, wo die Deckung zu suchen sei? so erfuhr man nichts weiter, als daß vorläufig von der vorjährigen Anleihe ja ein noch hinreichender Vorrath da sei, für die spätern Jahre werde sich dann das Weitere finden.

Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß diese Principien dieselben sind, welche Oestreich in die Lage gebracht haben, die wir kennen; ja sie erinnern lebhaft an die Principien, denen man in Frankreich vor 1789 folgte. Nicht der kleinste Grund von Preußens Größe ist seine solide Finanzwirthschaft gewesen, d. h. das Princip, die Steuerkraft nicht zu hoch anzuspannen, die Ausgaben nach den Einnahmen einzurichten und Schulden nur zu machen, wenn man die Aussicht hat, sie zu bezahlen. Wenn die Aenderung dieser Principien eine Folge des Constitutionalismus sein soll, so hätte man den letzteren zu theuer erkauft.

Nicht minder bedenklich ist die sociale Bedeutung des neuen Project's. Bisher stand Preußen überall in dem Ruf, im Drillen allen Völkern voraus zu sein und verhältnismäßig mehr Soldaten zu haben als Bürger. Nun erfährt man plötzlich, daß noch lange nicht genug gedrillt worden ist, und daß die Zahl der Soldaten noch beträchtlich vermehrt werden muß. Die Zahl der jährlich Ausgehobenen steigt um 33 Procent, die Dienstzeit im stehenden Heer von 3 Jahren bei der Infanterie wird festgehalten, bei gewissen Truppengattungen, die eine erhöhte Uebung fordern, sogar noch gesteigert (gegen das letztere wäre am wenigsten einzuwenden), und aus dem Landwehrmann des ersten Aufgebots wird ein Kriegsreservist. Da in Bezug auf die Heerverfassung selbst und namentlich das Avancement nicht die geringste Veränderung in Aussicht gestellt wird, so heißt das, wie wir schon früher auseinander gesetzt haben, nichts anderes, als in einer Weise wie es bisher noch gar nicht vorgekommen ist, das ganze Land unter die Herrschaft des Junkerthums stellen.

Und wenn man nun fragt, welchem Zweck eigentlich diese unerhörten Opfer gebracht werden sollen? so herrscht das tiefste Stillschweigen. Was die andern Staaten im Lauf des letzten halben Jahrs gewollt haben, ist wenigstens bruchstückweise mitgetheilt; von Herrn von Schleinitz finden sich im englischen Blaubuch nur einige verlorene Papiere. Ueber die deutschen Angelegenheiten wird hin und her, bald höflich bald mit Stichelreden verhandelt, ohne daß die Sache einen Schritt vorwärts rückt. Ist etwa die Regierung der Ansicht, die neue Militärverfassung würde im Ausland einen so großen Schreck erregen, daß man ohne weitere Mühe alles durchsetzen könnte was man wollte? Wenn Herr v. Schleinitz das wirklich glaubte, so wäre es ein sehr gefährlicher Irrthum. Die Zeiten des siebenjährigen Kriegs sind vorüber, selbst wenn ein neuer Friedrich der Große aufstände, und auch diesen Krieg hat Friedrich nur aus Verzweiflung geführt, nur um dem Untergange zu ent-

gehen, der ihm drohte; gleich darauf hat er zu dem Mittel gegriffen, auf das Preußen angewiesen ist, zu Allianzen. Diese Politik dauerte von 1764 bis 1790, und damals war Preußen wirklich eine Großmacht. Nachher folgte auf ein paar Jahre doctrinären Gehabens die sogenannte Politik der freien Hand, die Preußen damals ebenso förderte wie 1849 und in den folgenden Jahren.

Und wenn Preußen seine junge Mannschaft auf 4 Jahre statt 3 Jahre dienen läßt und dadurch das Land vollständig an den Bettelstab bringt, so ist es doch militärisch den Großmächten nicht gewachsen; denn die künstliche Steigerung der Wehrkräfte ist nur bis zu einem gewissen Grade durchführbar, und straft sich immer selbst. Preußen ist auf Allianzen angewiesen. Zunächst natürlich in Deutschland. Aber eine Allianz wird nicht im ersten Anlauf abgeschlossen, sondern muß durch langes Vertrauen vorbereitet werden, und einer der Hauptgründe des Vertrauens, dessen ein Staat sich bei seinen Nachbarn erfreut, ist die innere Consequenz und Festigkeit der Regierung; ihre Uebereinstimmung mit sich selbst und mit dem gesunden Willen des Volks.

Diese Festigkeit fehlt leider dem gegenwärtigen Ministerium durchaus. Den Adel und die reactionäre Partei wird es, durch kein Opfer versöhnen, und mit den arbeitenden Volksklassen, auf welchen der Liberalismus beruht, wird es sich, wenn es seinen Gesetzentwurf durchsetzt, in einer Weise verfeinden, die keine spätern Maßregeln wieder gut machen können.

Man erwäge doch nur: die neue Reform soll kein vorübergehendes Opfer sein, das man bringt, um bestimmte Zwecke zu erreichen, sondern es soll den normalen Zustand der preußischen Gesellschaft ausdrücken! Die einzige Antwort der Landesvertretung darauf kann nur die sein, daß dies System dem normalen Zustand der preußischen Gesellschaft nicht entspricht. Da es ihr aber nicht ziemt einer Regierung, der ergeben zu sein sie sonst allen Grund hat, eine bloß negative Antwort zu geben, und da es ihr ebenso wenig zukommt in die Details der Militärordnung, die eine Sache des Kriegsherrn sind, näher einzugehn, so muß sie sich an den Kern der Sache halten. Das eine Princip des Entwurfs, die gesammte Jugend in Dienst zu ziehen, ist richtig, und darum ist die Verstärkung der jährlichen Aushebung von 40,000 zu 63,000 zu bewilligen; dagegen ist als Ersatz vom Kriegsminister zu verlangen, daß er die militärische Ausbildung der Ausgehobenen in zwei Jahren statt in drei Jahren vollendet. Daß es möglich ist, haben sehr gewichtige militärische Autoritäten nachgewiesen, und was die Hauptsache ist: es muß möglich sein, denn der Staat ist nicht des Drillens wegen, sondern das Drillen ist des Staats wegen da. Ueber alle andern Punkte wird eine Einigung eher zu erzielen sein; wenn aber in diesem Punkt die Landesvertretung nachgibt, so wird der Begriff „neue Aera,“ den man so gern anwendet, in der Geschichte etwas ganz anderes bezeichnen, als man gemeint hat.

Indem wir diesen Begriff der neuen Aera untersuchen, erledigt sich zugleich eine zweite sehr wichtige Frage. Den liberalen Landtagsabgeordneten wird nichts von dem, was wir gesagt haben, neu sein; aber tief ängstigt sie in ihrem Gemüth die Betrachtung: wenn wir diese Vorlage abwerfen, so ist damit das Ministerium, das keinen andern Halt hat als uns, gestürzt! da ohnehin unsere Minister nicht den mindesten Ehrgeiz besitzen, sondern sich von Herzen gern einer Würde begeben werden, von der sie nur die Last fühlen. Was aber dann folgt, ist augenscheinlich; ein Ministerium der äußersten Rechten — oder vielmehr der äußersten Linken, wie es jetzt heißt.

Wohl; diese Frage ist sehr ernst, und wir sind keineswegs gemeint, ihre Bedeutung zu unterschätzen. Noch liegt uns allen das Andenken an die Zeit des Herrn von Westphalen sehr lebhaft in den Gliedern; noch erinnern wir uns sehr deutlich, wie laut wir aufathmeten, als die Nachricht von seiner Entlassung in der Zeitung stand. Ja noch mehr: in einer Beziehung wenigstens würde es heute schlimmer sein; denn jenes Regiment ertrugen wir mit einer gewissen Resignation, in der bestimmten Aussicht, es müsse in nicht zu langer Zeit ein Ende nehmen. Diese Aussicht würde bei einem neuen Ministerwechsel eine äußerst geringe sein.

Es ist nicht gerade tröstlich, was wir dagegen anführen und trotz der ernststen Ueberlegung, mit der wir diese Worte schreiben, wollen wir sie für nichts anderes geben, als den Ausdruck einer bloß subjectiven Ueberzeugung. Das Ministerium ist ebenso wenig zu halten, wenn das Gesetz durchgeht.

Die Reaction mag sehr froh sein, daß ein liberales Ministerium ihr Werk in die Hände nimmt, in viel größerem Maßstab als sie sich selber je geträumt; aber danken wird sie es ihm nicht. Geht dieses Gesetz durch, so ist die Macht des Adels ungeheuer erhöht, und da sie im Herrenhaus einen festen Vertreter hat, den zu stürzen das Ministerium nicht Kraft genug gehabt, da die liberale Partei durch die Folgen des Gesetzes in sich selbst zerfallen wird, so muß folgerichtig auch die Regierung in die Hände der Partei gelegt werden, die den Adel vertritt. Für uns ist diese Logik der Thatsachen so evident, daß gar kein Zweifel daran bleibt. — Aber freilich wäre noch ein Irrthum möglich, und so müssen wir hinzu setzen: es erscheint uns für Preußens Zukunft viel wichtiger, daß eine consequente und liberale Partei fortdauert, als daß ein liberal genanntes Ministerium die Geschäfte führt. Die „neue Aera“ hatte einen großen Uebelstand; das Volk hatte nichts gethan sie zu verdienen, und geschenkt kann sie nicht werden, das muß Preußen noch sehr bitter erfahren.

Es war ein sehr großer Irrthum, der aber bei vielen vorzüglichen Anhängern des Liberalismus hervortrat und gegen den wir seit zwei Jahren

unaufhörlich protestirt haben: verfassungsmäßige Regierung und parlamentarische Regierung sei identisch, d. h. in Preußen werde wie in England die Krone veranlaßt sein, ihre Rathgeber aus der Majorität des Landtags zu wählen, und demnach würden je nach dieser Majorität bald Whigs bald Tories, bald Liberale bald Conservative am Ruder sein. Soweit sind wir noch lange nicht, und wir bezweifeln sehr, ob Preußen bei dem Provisorischen seiner geographischen Lage jemals dahin kommen wird. Dagegen hat nach unserer Ueberzeugung der Landtag noch eine andere eben so wichtige Aufgabe, die Regierung, gleichviel welcher Partei sie angehöre, zu controlliren, und sie von jedem Uebergriff in die Rechte und das Vermögen des Volkes zurück zu halten.

Das vorige Ministerium hat, abgesehen von seiner beklagenswerthen Richtung im allgemeinen, durch polizeiliche Uebergriffe in alle Theile des Lebens, durch Störung der alt-preußischen Beamtengewissenhaftigkeit und dadurch, daß sie bei ihren Beamten die politische Anhänglichkeit an ein bestimmtes System über die Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit des Dienstes, über die Diensterfahrung und Dienstbefähigung stellte, den preußischen Staat, der nicht erst 1850 constituirt wurde, sondern seit Jahrhunderten fest stand, in seiner Wurzel angegriffen; es hat alle schlechten Seiten des constitutionellen Lebens getreulich bei uns eingeführt, alle guten hintertrieben. Man erwartete von der neuen Regentschaft die Abstellung dieser Mißbräuche und die Ersetzung derjenigen höhern oder niedern Beamten, die bei Herrn Wagener, Gödsche u. s. w. studirt hatten, durch solche, welche die alt-preußische Schule durchgemacht und an die alt-preußische Amtsehre und Amtspflicht sich gewöhnt hatten.

Es geschah mehr und weniger als man erwartet. Mehr: denn man sah plötzlich die Führer der liberalen Partei im Ministerium; weniger: denn die Gehilfen des H. v. Westphalen blieben größtentheils in ihrem Amt. Aber man gab sich zufrieden, daß so etwas erst allmählig geschehn könne; man ertheilte bei den Wahlen das Feldgeschrei: „ministerielle Partei!“ und setzte sich auf die rechte Seite, um damit anzudeuten, daß jetzt die liberale Partei den Staat regiere. Im Einzelnen wurde in der That vieles gebessert, aber die Minister, als ob sie ewig regieren würden, dachten nicht daran, gesetzlich irgend etwas sicher zu stellen; sie begnügten sich mit ministeriellen Verordnungen, so wie die Abgeordneten sich mit Petitionen begnügten; beide ohne irgendwie zu überlegen, daß damit einem neuen Ministerium das alte Material unklarer und zweideutiger Gesetze überlassen blieb, um es wieder in der alten Weise auszulegen, zu drehen und zu wenden. Der Grund war bei beiden, daß sie bei jedem Gesetzesvorschlag den Widerstand des Herrenhauses fürchteten. Das hieß aber freilich die Schwierigkeiten nicht beseitigen, sondern

nur umgehen. Und da die Situation vollkommen klar war, vor der Ernennung der neuen Minister — denn daß das Herrenhaus freiwillig sich fügen würde, haben sie sich doch wohl nicht eingebildet? — so können wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es von diesen vielleicht vorsichtiger gewesen wäre, sich vor Annahme ihrer Stelle erst genauer nach den Befehlen Sr. K. Hoheit des Prinz Regenten zu erkundigen, um darüber zu entscheiden, ob dieselben zweckmäßiger durch einfache Beamte oder durch Führer einer Partei ausgeführt werden könnten, die durch ihre Vergangenheit bereits bestimmte Pflichten auf sich genommen.

Was uns betrifft, so war unsere Freude bei jenen Ernennungen mäßiger als bei vielen unserer Freunde, weil wir uns an die beiden Ministerien Camphausen und Auerwald des Jahres 1848 erinnerten, die zwar den besten Willen von der Welt, aber sehr wenig Energie und Thatkraft entwickelt hatten. — — Mit einem Wort: die Pflicht der Landesvertretung dem Volk gegenüber ist in Bezug auf den neuen Gesetzesentwurf ganz klar vorgezeichnet; die Aussichten, für welche man etwa seine positive Ueberzeugung hingeben könnte, sind ganz schwankend, unklar, wenigstens völlig unabhängig von dem Willen der Landesvertretung; die Frage ist aber so ernst und tief eingreifend, daß auch bei den besten Hoffnungen jede bloße Rücksicht der Opportunität schweigen muß. Danach mögen die Landesvertreter entscheiden. † †

Lessing und Göze.

Johann Melchior Göze. Eine Rettung von Dr. Georg Reinhard Köpe, ordentl. Lehrer an der Realschule des Johanneums zu Hamburg. Mit Porträt und Facsimile. Hamburg 1860. Gustav Eduard Nolte (Herold'sche Buchhandlung). 280 und XIV. S.

Der verdienten Huldigung gegenüber, die besonders wieder in den letzten Jahren in biographischen Darstellungen wie in kritischen Betrachtungen Lessing zu Theil geworden, hat nun auch sein theologischer Widersacher, Johann Melchior Göze, einen Vertheidiger gefunden. Habe doch, sagt Dr. Köpe sehr geschickt, Lessing selbst seine schriftstellerische Laufbahn mit einer Reihe von Rettungen solcher Verstorbenen eröffnet, denen seiner Ansicht nach im Urtheil der Nachwelt Unrecht geschehen, und dieses rettende Bestreben sogar einem Simon Lemnius zu Gute kommen lassen, der gegen eine ihm von Luther angethane Unbill zu vertheidigen war. So handle der in Lessings eigenstem Sinne, der ein von ihm begangenes Unrecht gut mache. Und Unrecht habe Lessing Göze'n gethan. Sei er doch ein sündiger Mensch gewesen wie wir